

**Bildungs-Volksbegehren in Österreich lanciert**  
*Der ehemalige Vizekanzler Androsch als Initiator*

**Mit grossem Echo hat der ehemalige österreichische Vizekanzler Hannes Androsch ein Bildungs-Volksbegehren lanciert. Zahlreiche parteiübergreifende Organisationen und Gremien haben Unterstützung signalisiert.**

**Charles E. Ritterband, Wien** Der frühere sozialdemokratische österreichische Vizekanzler Hannes Androsch, der sich vor langer Zeit aus der Politik zurückzog und heute als erfolgreicher Industrieller agiert, hat eine Bildungsinitiative in Form eines Volksbegehrens lanciert. Mittels dieses direktdemokratischen Instrumentariums können wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger die Behandlung einer Gesetzesvorlage im Nationalrat erwirken, falls 100 000 Unterschriften innert einer Woche gesammelt werden. Das Parlament ist dann verpflichtet, über die Materie zu diskutieren, es muss aber nicht ein Gesetz im Sinne der Initianten verabschieden.

Androsch diagnostiziert das österreichische Bildungssystem auf allen Stufen als zu teuer und zu ineffizient; es erbringe, wie die internationalen Ratings deutlich machten, nicht die erwünschten Resultate. Nur 22 Prozent eines Jahrgangs schliessen in Österreich ein Hochschulstudium ab, im OECD-Durchschnitt seien es 36 Prozent. Die Mittel seien zwar sehr wohl vorhanden, aber sie würden zu 50 Prozent vergeudet. Die Talente der Kinder und Jugendlichen seien der wichtigste Rohstoff der Nation. Die Bildungs-Diskussion werde durch die Politik ideologisiert. Lehrer-Gewerkschafter agierten als «Privilegienritter». Über die Bildungslandschaft Österreichs habe sich ein «lähmender Mehltau» gelegt.

Unter dem Motto «Österreich darf nicht sitzenbleiben!» will das Volksbegehren bis zum Jahr 2020 die überflüssigen Bezirksschulräte abschaffen und Kindergärten in die Zuständigkeit des Bundes überführen. Ganztageschulen müssten die Regel werden, denn Österreich sei eines der letzten Länder Europas mit einer Halbtageschule. Die Weichen für die Ausbildung sollten künftig erst mit 14 und nicht wie heute schon im Alter von 10 Jahren gestellt werden. Die Finanzierung der Universitäten und Hochschulen soll kontinuierlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöht werden.

Alle 21 österreichischen Universitäten werden ihre Mitarbeiter sowie die mehr als 200 000 hier wahlberechtigten Studierenden für das Volksbegehren mobilisieren. Auch die Österreichische Hochschülerschaft ruft dazu auf, das Bildungs-Volksbegehren zu unterzeichnen. Die unterschiedlichsten parteiübergreifenden Gruppierungen, so auch die Industriellenvereinigung und die Arbeiterkammer, haben ihre Unterstützung angekündigt.